

Bewältigungsmaschinen. Österreich und das Jubeljahr 2005

Thomas Geldmacher

So läuft das bei uns. Wir sind Opfer, und zwar alle und immer. Auch deutsche Juden wurden deportiert und vernichtet, deutsche Widerstandskämpfer denunziert und in Konzentrationslager eingeliefert, deutsche Deserteure verfolgt und hingerichtet. Trotzdem käme wohl kein Mensch, der beansprucht, sich halbwegs stabiler geistiger Gesundheit zu erfreuen, auf die Idee, Deutschland als Opfer des Nationalsozialismus zu bezeichnen. Aber Österreich darf das. Wir sind Opfer – wobei der einzige Unterschied in einem von Hunderttausenden Österreichern frenetisch bejubelten und sehnsüchtig herbeigewünschten Einmarsch deutscher Truppen besteht, der von engagierten Nachkriegspolitikern retrospektiv erfolgreich in eine Okkupation umgedeutet werden konnte. Rund zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung waren Mitglieder der NSDAP, österreichische Nazis spielten bei der Durchsetzung des Holocaust in Osteuropa auch quantitativ eine zentrale Rolle – aber letztlich ist das alles unerheblich, weil wir ja Opfer sind und nicht Täter, was uns bekanntlich auch die Alliierten bestätigt haben.

2005 stand ganz im Zeichen dieser Geschichtsauffassung – und es war die Hölle.

Re-Animator (1985)

2005 galt es zu jubeln: 60 Jahre Kriegsende, Befreiung des KZ Mauthausen, Wiedergründung von ORF, ÖGB und Bundesheer, 50 Jahre Staatsvertrag, Neutralität, UN-Mitgliedschaft, Wiedereröffnung von Burgtheater und Staatsoper, 100 Jahre Friedensnobelpreis an Bertha von Suttner und zehn Jahre EU-Mitgliedschaft sorgten für einen derartigen Marathon an Festveranstaltungen, dass den Beteiligten größtenteils schon gegen Jahresmitte hin die Luft ausging. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung ihr Hauptziel aber bereits erreicht, nämlich die sogenannte Opferthese, in kaum wahrnehmbar variierten Versionen, wieder fest in der österreichischen Erinnerungslandschaft zu positionieren.

Die der Opferthese (wahlweise auch Opfermythos bezeichnet) zugrunde liegende Betrachtungsweise geht von der Annahme aus, Österreich sei im März 1938 von Hitlers Horden mit Gewalt genommen worden – gestützt im Übrigen durch die „Moskauer Deklaration“ vom November 1943, das wohl mit Abstand meistzitierte historische Dokument des Landes. Als „erstes Opfer“ der militärischen Aggression des Dritten Reichs konnte das Land die Verbrechen des Nationalsozialismus bequem externalisieren und

„den Deutschen“ überantworten. Da man nun für den Zweiten Weltkrieg, die NS-Bevölkerungspolitik oder gar die Judenvernichtung nicht verantwortlich gemacht werden konnte, entstand in Österreich so etwas wie die Wahrnehmung einer Kollektivunschuld. Opfer waren wir letztlich alle: die Kriegsgefangenen, die „Ausgebombten“, die „Trümmerfrauen“, die Hungerleidenden Kinder der Nachkriegszeit, die durch die Entnazifizierung betroffenen minder- und schwerbelasteten ehemaligen NSDAP-Mitglieder und irgendwo möglicherweise auch die politisch und rassistisch Verfolgten des NS-Regimes. Diese Konstruktion hatte aber noch einen weiteren Vorteil, ermöglichte sie es doch, die Generation der ehemaligen österreichischen Wehrmachtssoldaten, die selbstverständlich auch als Opfer galten, da sie gegen ihren Willen in Hitlers Streitkräfte gepresst worden waren, als Helden zu feiern, die tapfer gekämpft und ihre vaterländische Pflicht erfüllt hätten. Die offensichtlichen Widersprüche dieser Auffassung wurden über Jahrzehnte hinweg erfolgreich ausgeblendet und traten erst im Zuge der Debatten um die Kriegsvergangenheit des nachmaligen Bundespräsidenten Kurt Waldheim im Jahr 1986 deutlicher zum Vorschein. Die folgenden 15 Jahre brachten das vergangenheitspolitische Konstrukt der Opferthese, gestützt auf umfangreiche historische Forschungen, die sich allmählich auch den jüdischen NS-Opfern und den österreichischen NS-Verbrechern widmeten, zwar nicht völlig zum Einsturz, aber doch gehörig ins Wanken.

Die Protagonisten des Jahres 2005 aber, angeführt von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, verwendeten sehr viel Zeit, Kosten und Mühen darauf, die brüchig gewordenen Fundamente des Opfermythos mit einer unfassbaren Menge an optischem und rhetorischem Beton neu auszukleiden.

Pillow Talk (1959)

Es begann unschön und wurde immer hässlicher. Der offizielle Auftakt zum polyvalenten Jubiläumsjahr fand am 14. Jänner mit einem Festakt im Parlament statt. Die Regierung kombinierte diese Veranstaltung mit dem Gedenken an die Toten der Tsunamikatastrophe im Indischen Ozean, die knapp drei Wochen zuvor die Weltöffentlichkeit erschüttert hatte, und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nützte die Gelegenheit, um Parallelen zu ziehen: „Ist es vermessend, wenn sich angesichts der Bilder aus den Katastrophengebieten die Erinnerung an die Ruinenlandschaft vor 60 Jahren in Österreich, in Wien im Besonderen, aufdrängt? Ich denke nicht“, eröffnete Schüssel seine Festansprache.¹ Ein paar Sätze später verglich der Kanzler die beiden Weltkriege, aber auch die Ungarnkrise 1956 mit „politischen Beben“, in deren Epizentrum nicht selten das kleine Österreich gestanden habe.

1 <http://www.oesterreich2005.at/site/4537/default.aspx>; Zugriff 12. 9. 2006.

Der Gebrauch dieser Metaphern legt Interpretationsmuster frei, die man am Beginn des 21. Jahrhunderts selbst in Österreich für überwunden gehalten hatte. Hinter den salbungsvollen Worten Wolfgang Schüssels steht die Vorstellung, der Nationalsozialismus sei wie eine Naturkatastrophe über das unschuldige kleine Land hereingebrochen, habe alles überrollt und bei seinem Abzug eine „Ruinenlandschaft“ zurückgelassen. Selbstverständlich kennt eine solche Betrachtungsweise keine Täter, sondern bloß Opfer. Mit dem Umweg über die Malediven legte Schüssel also bereits sehr früh die vergangenheitspolitische Marschroute fest, die praktisch das ganze Land während des gesamten Jahres breitzutreten hatte. Der Opfermythos war wieder da.²

Nur wenige Tage später lud das Nationalratspräsidium zur Tagung „Widerstand in Österreich 1938–1945“ ins Parlament, und wieder konnte Wolfgang Schüssel der Versuchung nicht widerstehen, das ganze Land zum Opfer des NS-Regimes zu machen. Der Nationalsozialismus habe „ein fast flächendeckendes Kontrollsystem entwickelt“, das den „unmittelbaren und wirksamen Zugriff auf alle Institutionen“ gewährleistet habe, was effektiven Widerstand de facto verunmöglicht habe.³ Der Kanzler konzedierte zwar, dass es „auch sehr viel Schuld von vielen Österreichern gegeben“ habe, und „all dies ist heute, Gott sei Dank, gut aufgearbeitet, wissenschaftlich dokumentiert, und das wird sicherlich noch weitergehen“. Enorm wichtig sei es aber, „sich die positive Mitverantwortung an der Befreiung Österreichs vor Augen zu halten“ – was immer das genau bedeuten mag. Jedenfalls nannte Schüssel dann namentlich einige Protagonisten des antinationalsozialistischen Widerstands, darunter selbstverständlich auch den 1943 hingerichteten Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter. Schüssel verschwieg dabei tunlichst, dass Jägerstätters Witwe sich jahrzehntelang vergeblich um die Anerkennung ihres Gatten als Opfer politischen oder religiösen Widerstandes bemüht hatte und schließlich auf dem Kulanzweg eine Rente im Sinne des Kriegsopferversorgungsgesetzes erhielt, das ansonsten ausschließlich versehrte Soldaten oder die Angehörigen Gefallener finanziell unterstützt – die österreichischste aller möglichen Lösungen.

Die mit Abstand am pompösesten inszenierten Festakte des Gedenkjahres 2005 fanden am 27. April, dem Tag der Wiedererrichtung der Republik im Jahr 1945, und am 15. Mai, dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahr 1955, statt. Demgegenüber spielten etwa die internationale Feier anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Jänner,

2 Vgl. Margit REITER, Gedenken – Feiern – Erinnern? Vom Scheitern des Gedenkjahres 2005. In: Arbeit & Wirtschaft 9/2005. Der Tagesjournalismus nahm von diesen Äußerungen Schüssels überhaupt keine Notiz. Es blieb dem Schriftsteller Robert Menasse vorbehalten, sechs Wochen nach diesen Feststellungen in einem Essay in der Tageszeitung *Die Presse* auf die Ungeheuerlichkeit des Vergleichs hinzuweisen (*Die Presse*, Spectrum, 25./26. 2. 2005).

3 <http://www.bka.gv.at/Docs/2005/4/11/HBK-Rede%20Widerstand.pdf>, Zugriff 12. 9. 2006.

aber auch der 4. Mai, die Befreiung des KZ Mauthausen, der 8. Mai, die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs, und selbst der 26. Oktober, der Tag der Unterzeichnung des Neutralitätsvertrages und heute immerhin Nationalfeiertag, nur Nebenrollen. Man wollte, wie gesagt, ja feiern und nicht kritische Rückschau halten.

Die Festveranstaltung zum 27. April fand im Redoutensaal der Hofburg statt, und wie weit die Legende des österreichischen Opferkollektivs bereits wieder in die Köpfe auch kritischerer Geister gedrungen war, zeigte sich etwa bei der Festansprache von Bundespräsident Heinz Fischer, der ansonsten durchaus auch differenzierte Worte zu finden in der Lage ist: „Ich ehre alle Opfer dieser unseligen Periode, gleichgültig, ob sie unter der Zivilbevölkerung oder unter den Soldaten zu beklagen waren. [...] In besonderer Weise möchte ich jene Menschen ehren, die ihr Leben im Widerstand gegen das NS-Regime und für die Wiedergeburt unseres Landes geopfert haben.“⁴ Da konnten die Worte des Bundeskanzlers schon nicht mehr überraschen, der seine Version der Opferthese etwas verwegener präsentierte: „Die Opfer dieses Schreckens müssen genannt werden: 100.000 Österreicher sind in den Konzentrationslagern oder in Gefangenschaft gestorben, die meisten davon Juden. [...] 100.000 politische Gefangene haben Jahre ihres Lebens verloren. 250.000 Soldaten wurden getötet, 250.000 kamen schwer verletzt [...] zurück, und 500.000 Kriegsgefangene haben in den darauf folgenden Jahren dafür büßen müssen, dass dieser verbrecherische Krieg gestartet wurde.“⁵ Es ist beinahe beeindruckend, wie nur wenige Monate des Jubeljahres 2005 reichten, um längst überwunden geglaubte Geschichtslügen und -verzerrungen wieder in das Selbstverständnis des offiziellen Österreich zu reintegrieren – und wie wenig Widerstand sich gegen diese Bemühungen regte.

Über den 15. Mai bleibt nicht viel zu sagen. Es war Party im Belvedere – dem Ort der Staatsvertragsunterzeichnung –, und es waren wirklich alle da.

Resident Evil (2002)

Es wäre reiz-, aber wahrscheinlich wenig sinnvoll, über die knapp 450 Ausstellungseröffnungen, Konzerte, Filmvorführungen, Symposien, Buchpräsentationen, Sondermarkenerscheinungstermine und Gottesdienste, mit denen das Land im „Gedankenjahr“ flächendeckend überzogen wurde, zu rasonieren – vermutlich würde aber schon eine simple quantitative Auswertung eindrucksvoll belegen, wie wenig man im Jahr 2005 dachte und wie viel man feierte.

Die tragenden Säulen des institutionalisierten Erinnerns waren aber fraglos die beiden Großausstellungen in der Schallaburg in Niederösterreich und im

4 http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=180; Zugriff 13. 12. 2006.

5 http://www.bka.gv.at/Docs/2005/4/27/Rede%20HBK270405_60jahre_hofburg.pdf; Zugriff 13. 12. 2006.

Schloss Belvedere in Wien sowie die öffentlichen Interventionen der Initiative 25peaces. An ihnen werden die vergangenheitspolitischen Strategien, die dem Gedenken zugrunde lagen, auch ausreichend transparent.

Während in der Schallaburg, finanziert vom Land Niederösterreich, der ÖVP-Haus-und-Hof-Historiker Stefan Karner zum Einsatz kam, trat im Belvedere ein sogenanntes Proponentenkomitee um den ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch auf, das mit Ausnahme einiger Feigenblätter ExpertInnen aus eher der Sozialdemokratie nahestehendem Umfeld wie Anton Pelinka oder Günther Düriegl engagierte. Und auch die Aktionen von 25peaces entsprangen dem Brainstorming einiger älterer Herren um den ehemaligen Graz-2003-Intendanten Wolfgang Lorenz.

Die Regierung privatisierte also die zentralen Inszenierungen des „Gedankenjahres“, trat als stiller Teilhaber auf und maximal in Eröffnungsreden in Erscheinung, verließ sich aber darauf, dass die erwähnten alten Männer schon im Sinne konsensualer Vergangenheitspolitik agieren und allfällige heißere Eisen von vornherein unangetastet lassen würden. Dieses Kalkül ging auf. Das von den beiden Ausstellungen und 25peaces transportierte Geschichtsbild ist schlicht fürchterlich.

„Österreich ist frei!“ jubilierte es einem von der Schallaburg entgegen. Das Jahr 1945 diente als bequeme „Stunde Null“, im Zentrum standen die zehn entbehrungs- und opferreichen Jahre bis zum Abschluss des Staatsvertrages im Mai 1955. „Neben den Verdiensten von Leopold Figl und Julius Raab [den beiden aus Niederösterreich gebürtigen Architekten des Staatsvertrages,] sollen aber auch die Leistungen der gesamten Aufbaugeneration honoriert werden“, schrieb Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll im Vorwort des Ausstellungskatalogs. „Daher ist es ein wesentliches Ziel der Ausstellung, vor allem den jungen Menschen den Werdegang Österreichs zu veranschaulichen und das Bewusstsein für den Umgang mit der Geschichte zu schärfen. [...] Gerade auf dem Weg nach vorne ist es besonders wichtig, sich im Blick zurück mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen und daraus die richtigen Lehren zu ziehen.“⁶ Dieser Blick zurück, wie von Pröll vorgeschlagen, endet aber im Jahr 1945, und auf den recht simplen Hinweis, dass die sogenannte Aufbaugeneration immerhin auch dafür verantwortlich war, dass das Land 1945 in Trümmern lag, verzichtete der beinahe monarchisch regierende ÖVP-Politiker großzügig. Darüber hinaus nobilitierte Ausstellungsleiter Stefan Karner den vormaligen FPÖ- und nunmehrigen BZÖ-Parteihistoriker Lothar Höbelt, indem er diesen als wissenschaftlichen Mitarbeiter engagierte. Höbelt verfasste im Katalog einen völlig grotesken Artikel über den VdU, in dem er

6 Erwin PRÖLL, Vorwort. In: Stefan KARNER/Gottfried STANGLER (Hgg.): „Österreich ist frei!“ Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005, Wien 2005, S. VII.

diese Vorläuferorganisation der FPÖ und das Sammelbecken ehemaliger österreichischer Nationalsozialisten als „eine Reihe ‚bunter Vögel‘“ charakterisierte, die erfolgreich „liberale Anliegen“ vertreten habe.⁷

Noch schlimmer, weil mit vorgeblich kritischem Reflexionsanspruch, präsentierte sich die Schau „Das neue Österreich“ im Belvedere. Mit der Ausstellung werde, meinte etwa Bundespräsident Heinz Fischer, „der Versuch unternommen, die dunklen Seiten ebenso wie die Leistungen und Erfolge der letzten Jahrzehnte so fair und interessant wie möglich darzustellen“⁸, und Wolfgang Schüssel sekundierte, es sei hier eindrucksvoll „zu studieren, dank wie viel vorbildlicher Kraft und Zuversicht Österreich zwischen 1945 und 1955 wiedererstanden ist. Aus Schutt und Trümmern erwachsen neue Wohnungen, Industrieanlagen, Verkehrswege.“⁹ Auch das Proponentenkomitee um Hannes Androsch monierte, dass „Österreich allen Grund [habe], auf die Leistungen und Erfolge der ersten 60 Jahre der Zweiten Republik stolz zu sein, wie aber andererseits auch dunkle Seiten der Vergangenheit nicht verschwiegen oder beschönigt werden sollen“.¹⁰

Dieser permanente Bezug auf die „dunklen Seiten“ führte aber tatsächlich zu deren Verschwinden. Am einprägsamsten belegte dies wohl die gnadenlos prätentöse Ausstellungsarchitektur, deren hervorstechendstes Merkmal ein rotweißrotes Fahnenband war, das sich durch die Ausstellungsräume schlängelte und dessen angebliche Multifunktionalität die Gestalter nicht aufhören konnten zu rühmen. An diesem Element zeigte sich die Reanimierung der Opferthese am deutlichsten: Am 13. März 1938 zertrampeln via Projektion deutsche Soldatenstiefel die rotweißrote Fahne und verwandeln sie – nicht etwa, was nur konsequent gewesen wäre, in die Hakenkreuzflagge, sondern in einen tristen grauen Streifen am Boden, der sich erst 1945 wieder in die Nationalfarben zurückfärbt und daraufhin jubilerend wieder in die Lüfte erhebt. Die Message lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Es wäre zum Beispiel ein historisch lohnendes Unterfangen gewesen, ein wenig Licht auf das Wirken der in Wien formierten und daher größtenteils aus österreichischen Rekruten bestehenden Reichs-Grenadier-Division 44 „Hoch- und Deutschmeister“ zu werfen, die als Teil der 6. Armee Richtung Stalingrad zog. Man hätte von der Behandlung der Zivilbevölkerung und von der sogenannten Partisanenbekämpfung in Südrussland und der Ukraine erzählen können – ohnehin keine neu zu beackernden historischen Felder, sondern unter anderem durch die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen*

7 Lothar HÖBELT, Die „vierte Partei“: Der Verband der Unabhängigen (VdU). In: Ebd., S. 127–129, hier S. 127.

8 Heinz FISCHER, Vorwort. In: Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Ausstellungskatalog, hrsg. von Günter DÜRIGL und Gerbert FRODL, Wien 2005, S. 11.

9 Wolfgang SCHÜSSEL, Vorwort. In: Ebd., S. 13.

10 Hannes ANDROSCH/Herbert KREJCI/Peter WEISER, Geleitwort der Proponenten. In: Ebd., S. 19.

der Wehrmacht 1941–1944 wohldokumentiert. Aber dadurch hätte man ja Kontroversen auslösen können und womöglich wieder diesen vergangenheitspolitischen Zankapfel der 90er-Jahre verteidigen müssen, den man ja dankenswerterweise durch die fehlerhafte Zuordnung einiger Fotos elegant zu diskreditieren und politisch zu entsorgen in der Lage war.

Also nein, besten Dank, lieber nicht; im Jubeljahr 2005 beschränkte sich die Mitverantwortung von Österreichern an den Verbrechen des Nationalsozialismus auf die üblichen Verdächtigen aus dem Horrorkabinett des Regimes, nämlich Eichmann, Kaltenbrunner, Murer, Stangl, Brunner, Globocnik – gerade die richtige Dosis, um ein wenig Gänsehaut zu erzeugen, gleichzeitig aber auch das Irreal-Dämonische dieser Figuren zu betonen und dadurch den Rest der österreichischen Bevölkerung von jeglicher Verantwortung freizusprechen.

Ebenso viel Platz wie den Tätern widmeten die Gestalter dem Widerstand, wobei hier einträchtig Kommunisten neben Katholiken, Legitimisten neben Sozialdemokraten figurierten. Nur die Kärntner Partisanen, die als einzige auch relevanten militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, fehlten. Zufall? Wohl kaum. Bloß nicht die Feierstunde stören.

Schließlich diente auch der größtenteils stupide Event-Aktionismus der Gruppe 25peaces hauptsächlich dazu, der Opferthese eine wohlinszenierte Plattform zu verschaffen. Man stellte eine Bombennacht über Wien nach, legte am Heldenplatz einen Gemüsegarten an, ließ Kühe auf der Wiese vor dem Belvedere weiden und den Schwarzmarkt wiederaufleben¹¹ – alles Hinweise auf die entbehrungsreiche Nachkriegszeit, unter der die Österreicherinnen und Österreicher zu leiden hatten. Wenigstens blieb uns die Peinlichkeit der in Zusammenarbeit mit McDonald's kreierten McCare-Pakete erspart.

Against All Odds (1984)

Widerstand gegen die Jubelveranstaltungen? Gab es auch. Aber angesichts der geballten Ladung an höchst medienwirksamen Inszenierungen fiel es der vergangenheitspolitischen Opposition überaus schwer, entsprechend Aufmerksamkeit zu generieren. Die auf der Internetplattform www.oesterreich-2005.at zusammengefassten Initiativen hatten dem Willen zum Fest zugegebenermaßen auch wenig entgegenzusetzen; häufig machte sich Resignation breit, oder man flüchtete sich in Sarkasmus und Galgenhumor. Am meisten Publicity erhielten Aktionen der Spaßguerilla, etwa die Gruppe ZMR, die behauptete, eine der Kühe, die im Rahmen einer 25peaces-Aktion vor dem Belvedere grasten, entführt zu haben und dieser für den Fall des Nichterfüllens bestimmter politischer Forderungen – etwa eines Denkmals für

11 Vgl. <http://www.25peaces.at>; Zugriff 12. 9. 2006.

Wehrmachtsdeserteure – ein Schicksal als Gulasch androhte. Aber selbst diesen Versuchen, die Meinungs- und Deutungshoheit der Regierung wenn schon nicht zu brechen, dann wenigstens zu stören, lag ein Gefühl des *ennui* und der Hoffnungslosigkeit zugrunde. Und so blieben die Versuche, im Jahr 2005 so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die nicht in der Jubelpose zu erstarren beabsichtigte, bloßes Stückwerk.

Deliverance (1972)

Neben all der symbolischen Politik, die im Gedenkjahr 2005, wie die bereits angeführten Beispiele zeigen, praktisch allgegenwärtig war, kam die materielle Ebene österreichischer Staatskunst ein wenig zu kurz.

Die zentrale legislative Maßnahme im Bereich der Vergangenheitspolitik war das sogenannte Anerkennungspaket 2005, das am 7. Juli in einer der letzten Sitzungen des Nationalrates vor der Sommerpause beschlossen wurde. An den Entwicklungen, die diese Initiative im Frühjahr 2005 durchlief, lässt sich zeigen, wie die Opferthese auch hier als Richtschnur herangezogen wurde, an der sich die Maßnahmen der Regierung orientierten.

Im Brennpunkt der Auseinandersetzungen standen die österreichischen Wehrmachtsdeserteure; diese zahlenmäßig kleine Gruppe von Männern kämpfte mit Unterstützung eines Personenkomitees und der Grünen seit Jahren gegen ihre sozialrechtliche Schlechterstellung und für die juristische Rehabilitierung. In Österreich herrschten in diesem Zusammenhang nämlich bis 2005 völlig groteske Zustände: Deserteure wurden von der Opferfürsorge, dem zentralen Instrument zur Versorgung von NS-Opfern, kaum erfasst, die Urteile der NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht waren nicht pauschal aufgehoben, und darüber hinaus konnten ehemalige Deserteure allfällige Haftzeiten in Straf-, Zwangsarbeits- oder Konzentrationslagern nicht auf ihre Pensionsversicherung anrechnen lassen – jeder Wehrmachtssoldat, der Mitglied der Wachmannschaft eines solchen Lagers war, konnte das aber durchaus. Die Regierung zuckte hinsichtlich der sozialrechtlichen Benachteiligungen bedauernd die Achseln, verwies in juristischen Belangen auf zwei völlig vergessene und praktisch nie angewandte Gesetze der unmittelbaren Nachkriegszeit, denen zufolge pauschale Urteilsaufhebungen ohnehin schon längst erfolgt seien, und blockierte seit Jahren legislative Initiativen der Grünen im Justizausschuss des Nationalrates.¹²

Die Gründe, warum die Regierung ostentativen Unwillen bei der Rehabilitierung dieser zahlenmäßig völlig unbedeutenden Gruppe von Menschen zeigte, liegen für mit den spezifisch österreichischen Formen des

12 Vgl. Hannes METZLER, *Desertion im Hohen Haus. Die Rehabilitierung der Deserteure der Wehrmacht. Ein Vergleich von Deutschland und Österreich unter Berücksichtigung von Luxemburg*. Dipl., Wien 2006.

Erinnerns nicht intim Vertraute einigermaßen im Verborgenen, und tatsächlich besaß die Deserteursfrage einige politische Sprengkraft. Österreichische Wehrmachtsdeserteure markierten gewissermaßen die Sollbruchstelle jenes geschichtspolitischen Widerspruchs, den das Land jahrzehntelang erfolgreich zur Seite geschoben hatte, nämlich sich einerseits als das erste militärische Opfer Hitlers zu fühlen und andererseits die österreichischen Soldaten, die sechs Jahre lang in den Okkupationsstreitkräften kämpften, als Helden zu ehren.¹³ Deserteure dekonstruieren also den Opfermythos, und hauptsächlich deswegen wurden die Debatten um die Bewertung ihrer Taten mit solcher Vehemenz geführt.

Es ist davon auszugehen, dass die Regierung ihre Verzögerungstaktik bei der Behandlung des Themas noch jahrelang weiterverfolgt hätte, wäre nicht im April 2005 Siegfried Kampl auf den Plan getreten. Dieser aus dem Kärntner Gurktal stammende ehemalige FPÖ- und nunmehrige BZÖ-Mandatar verstieg sich im Rahmen der Behandlung einer Dringlichen Anfrage der Grünen im Bundesrat, der an sich politisch völlig bedeutungslosen Länderkammer des österreichischen Parlaments, zu der Bemerkung, Deserteure seien „zum Teil Kameradenmörder“ gewesen, und bekräftigte diesen Standpunkt wenige Tage später in einem Radiointerview.¹⁴

Diese Bemerkung generierte ein bemerkenswertes Medienecho im In- und Ausland, durch das die Regierung unter gewaltigen Legitimationsdruck geriet. In dieser Notlage produzierte sie binnen weniger Wochen einen Gesetzesentwurf für ein *Anerkennungsgesetz 2005*, das nicht nur ehemaligen Deserteuren, sondern auch jenen Personen Zugang zur Opferfürsorge verschaffen sollte, die als Homosexuelle oder sogenannte Asoziale im Nationalsozialismus verfolgt worden waren. Dieser an sich begrüßenswerte Vorstoß beinhaltete den Wermutstropfen, dass schon in Artikel I des Gesetzes wieder an der Reetablierung der Opferthese gebastelt wurde, indem nämlich der Nationalrat praktisch allen ÖsterreicherInnen, die zwischen 1938 und 1945 nicht aktive Nazis waren, „Achtung und Mitgefühl“ aussprach und somit erneut ein Opferkollektiv beschworen wurde.

Außerdem ließ sich der kleine Koalitionspartner BZÖ, so lässt sich ohne großes Risiko vermuten, die Zustimmung zum Anerkennungsgesetz von der ÖVP teuer bezahlen. Zum einen wurde die Kriegsgefangenenentschädigung angehoben, vor allem aber verkündete Sozialministerin Ursula Haubner (BZÖ) in einem Interview mit der Tageszeitung *Der Standard* zu den vergangenheitspolitischen Zielsetzungen ihrer Partei im Jahr 2005: „Der Wunsch ist da, für die Trümmerfrauen etwas zu tun und für Deserteure bei Pensionszeiten auch.“¹⁵ In der Folge gelang es der Regierung, die verschiedenen Regelungen

13 Vgl. Thomas GELDMACHER, „Es ist beschämend.“ In: Falter 12/05.

14 Vgl. METZLER, *Desertion im Hohen Haus*, S. 121 ff.

15 *Der Standard*, 23. 4. 2005.

für Deserteure, Kriegsgefangene, Homosexuelle, Asoziale und Trümmerfrauen als „Anerkennungspaket“ zu verkaufen, wobei in den Medien sehr rasch die letztgenannte Kategorie den Großteil der Aufmerksamkeit für sich beanspruchte, hauptsächlich deswegen, weil es der Regierung egal war, ob die anspruchsberechtigten Frauen Mitglieder der NSDAP gewesen waren oder nicht.

So entstand nicht zuletzt durch die geschickte publizistische Vermischung der Leistungen für NS-Opfer und der Leistungen für Kriegsoffer wieder ein typisch österreichisches „Opferamalgam“, wie es die Grün-Abgeordnete Terezija Stoisits ausdrückte, das von den Trümmerfrauen dominiert wurde; die Verabschiedung des „Anerkennungspaketes“ im Nationalrat war dann nur mehr eine Pflichtaufgabe, die von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde.

The Scoop (2006)

2005 war eine Katastrophe. Das Land übte sich in Selbstbeweihräucherung, die Regierung unternahm hinsichtlich ihrer Geschichtsauffassung eine Zeitreise in die Vergangenheit, private Initiativen promoteten offiziöse Erinnerung, und der angeblich kritischen Presse fiel nicht einmal mehr auf, dass von Österreich nur mehr als armes, kleines, geplagtes, darbenendes Land die Rede war, das unter vielerlei Opfern nach dem Krieg sich aus eigener Kraft wieder von den Zerstörungen und den – ein unter bürgerlichen Intellektuellen gern gebrauchter Begriff – Verwerfungen des Nationalsozialismus erholt hatte.

Heute kann man sich also nach Jahren unangenehmer Reflexion endlich wieder darüber freuen, Opfer zu sein. In Festreden werden zwar gerne auch die „dunklen Seiten“ Österreichs im NS-Regime beschworen, aber nur um darauf hinzuweisen, dass das mittlerweile alles erforscht und bekannt sei, weshalb man es auch gleich wieder vergessen könne. Das ist kein dialektischer Prozess, sondern eine Perfidie sondergleichen – als dienten die historischen Forschungen der letzten 20 Jahre nur dazu, die Legende von Österreich, dem ersten Opfer Nazideutschlands, wieder mehrheitsfähig zu machen. 2005 war, wie gesagt, eine Katastrophe.